

Antrag 79/I/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:**

Gehälter für das Top-Management von Landesunternehmen und AöR transparent und ergebnisorientiert regeln, Zielvorgaben setzen

1 Der SPD-Landesvorstand, die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus sowie die SPD-Mitglieder in der Landesregierung
 2 Berlin werden aufgefordert, sich für die Absenkung der
 3 Gehälter des Top-Managements, insb. der Vorstände, von
 4 landeseigenen Unternehmen und AöR sowie die Entwicklung von variablen Gehaltsbestandteilen nebst Ziel- und
 5 Leistungsvorgaben einzusetzen.
 6

7 Dies umfasst insbesondere folgende Maßnahmen:

- 8
- 9
- 10 • Deckelung der (Grund-)Gehälter des Top-
 11 Managements, insb. der Vorstände und Auf-
 12 sichtsräte, auf einem angemessenen Niveau,
 13 welches die Situation des Landeshausaltes sowie
 14 die Liquidität und Performance des Unternehmens
 15 berücksichtigt,
- 16 • Entwicklung von gestaffelten, spezifisch auf das Unternehmens ausgerichteten Ziel- und Leistungsvor-
 17 gaben durch die Landesregierung in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Gremien des Abgeordnetenhauses von Berlin, welche das (Grund-)Gehalt ergänzende Zahlungen begründen können,
- 18 • Begrenzung der das Grundgehalt ergänzenden Zah-
 19 lung(en) insgesamt auf 75 Prozent des Grundgehaltes,
- 20 • jährliche Evaluation der Leistungs- und Zielvorga-
 21 gen sowie der Erreichung der selbigen durch die Lan-
 22 desregierung und die Gremien des AGH Berlin,
- 23 • Kopplung der Gehaltsentwicklung des Top-
 24 Managements an die Lohnentwicklung der übrigen Belegschaft,
- 25 • Anwendung dieser Vorhaben bis auf die Ebene 3 der
 26 Gesamtorganisationen,
- 27 • keine Vergütung der Aufsichtsratstätigkeit für aktive MdA und Regierungsmitglieder, sowie die Prü-
 28 fung eines Ausschlusses von Aufsichtsratstätigkei-
 29 ten während der Mandatsausübung.
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Begründung

40 Der Berliner Haushalt steckt in einer tiefen Krise. „Ber-
 41 lin kann, muss und wird mit weniger Geld funktionieren“
 42 sagte jüngst der CDU-Finanzsenator Evers in der Aktuellen
 43 Stunde zur Haushaltspolitik. Unmittelbar daran anknüp-
 44 fend betrifft eben diese Finanzkrise auch die landeseige-
 45 nen Unternehmen und AöR, wie die Berliner Verkehrsbe-
 46 triebe (BVG), die Berliner Stadtreinigung (BSR) und Vivian-
 47 tes. In der Folge traf die Haushaltsskrise auch bereits die

Empfehlung der Antragskommission**Ablehnung (Kein Konsens)**

48 Verkehrswende in Berlin.

49

50 Im Oktober 2024 räumte so beispielsweise die Verkehrs-
51 verwaltung ein, dass beispielweise die U-Bahnlinie U1 nur
52 noch 20 Prozent und die U3 nur noch knapp 60 Prozent der
53 vorgesehenen Leistung erfülle. Diese Ergebnisse sind für
54 eine Metropole und Hauptstadt, welche die dringend not-
55 wendige Verkehrswende und die Reduzierung von Emis-
56 sionen anstrebt, sowie zur Vermeidung des Verkehrsinf-
57 farkts dringend die Straßen entlasten möchte, absolut
58 unzureichend und desaströs. Es bedarf einer dringenden
59 Überprüfung und Analyse sowie einer dringenden Verbes-
60 serung der Lage.

61

62 Während der Finanzsenator für 2024 „Einsparungen von
63 186 Millionen Euro“ erwartet und sich die ausgefalle-
64 nen Nutzkilometer bei der BVG mittlerweile auf ungefähr
65 563.570 Kilometer belaufen, weist der Geschäftsbericht
66 der BVG für 2023 für den Vorstand Betrieb, Herrn Dr. Rolf
67 Erfurt, ein Gehalt von 346,5 Tausend Euro und eine „Ergeb-
68 nisabhängige Vergütung“ von 101,1 Tausend Euro, mithin
69 ein Gesamtgehalt von 448,7 Tausend Euro aus.

70

71 Auch der Vorstand Personal, Frau Jenny Zeller, wurde für
72 das Geschäftsjahr 2023 mit einem Gehalt von 329,5 Tau-
73 send Euro vergütet.

74 Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2023 ungeachtet der
75 desaströsen Lage der BVG an die aktiven Vorstandsmit-
76 glieder somit Gesamtbezüge in Höhe von 1,0433 Millionen
77 Euro ausgeschüttet.

78 Diese hohen Vergütungen sind in Anbetracht der desas-
79 trösen Lage der BVG und der massiven Ausfälle des Fahr-
80 angebots weder vermittelbar, noch berechtigt. Gerade die
81 „Ergebnisabhängige Vergütung“ wirkt in Anbetracht des
82 aktuellen Zustands der BVG und der erheblichen Belas-
83 tung für die Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV nicht
84 nachvollziehbar und sorgt eher für mehr Unverständnis.

85 Ähnlich verhält sich die Lage bei der Berliner Stadtreini-
86 gung (BSR). Während die Stadt Berlin von vielen seit lan-
87 gem zunehmend als dreckig empfunden wird und Müll,
88 nicht zuletzt aufgrund der Wegrationalisierung von Ent-
89 sorgungsmöglichkeiten, zunehmend auf der Straße lan-
90 det, erhielt der Vorstand der BSR, Frau Stephanie Ott, nach
91 dem Geschäftsbericht der BSR für das Geschäftsjahr 2023
92 ein (erfolgsunabhängiges) Gehalt i.H.v. 224 Tausend Euro
93 und eine Erfolgsbezogene Vergütung i.H.v. 163 Tsd. Euro,
94 mithin ein Gesamtgehalt i.H.v. 387 Tausend Euro. Im Jahr
95 2022 belegte Sie dabei mit einem Jahresgehalt von 427
96 Tausend Euro sogar noch Platz 5 der Spaltenverdiener.

97

98 Auch bei dem landeseigenen Krankenhausbetreiber Vi-
99 vantes erhält exemplarisch der Geschäftsführer Dr. Johan-
100 nes Dankert für das Geschäftsjahr 2023 eine Grundver-

101 gütung von 290 Tausend Euro und mit der variablen er-
102 folgsabhängigen Vergütung und anderen Zulagen i.H.v.
103 139 Tausend Euro insgesamt ein Gehalt i.H.v. 429 Tausend
104 Euro.

105

106 Gleichzeitig zeigte sich zuletzt, dass sowohl das Zeiter-
107 fassungssystem, als auch andere Prozesse nicht hinrei-
108 chend überwacht und vor Manipulationen geschützt wur-
109 den. Das Ergebnis ist ein erheblicher Schaden für den be-
110 reits angeschlagenen Landeshaushalt.

111 Das Land Berlin muss sich, gerade im Hinblick auf die
112 Tatsache der finanziellen Verbindung zu und Auswirkung
113 auf den Landeshaushalt und die Steuermittel, in der Füh-
114 rungskultur an der freien Wirtschaft orientieren. Landes-
115 eigene Unternehmen und AöR müssen effizient und er-
116 gebnisorientiert arbeiten und den Bürgerinnen und Bür-
117 gern einen Mehrwert bieten.

118

119 Hierfür müssen das Land Berlin, das Abgeordnetenhaus
120 von Berlin und die Landesregierung ein zeitgemäßes In-
121 strumentarium entwickeln und vorhalten, damit das Top-
122 Management dieses Ziel konsequent verfolgt. Eine regel-
123 mäßige Evaluation ist dafür zwingend geboten.

124 Der Antrag verfolgt dabei nicht nur das Ziel der Einspa-
125 rung, sondern soll gleichzeitig messbare Leistungsmeilen-
126 steine hervorbringen, welche für die Menschen in Berlin
127 eine deutliche Verbesserung der Lebensqualität und der
128 öffentlichen Versorgung bedeuten.

129 Analog zur freien Wirtschaft muss sich die Vergütung des
130 Top-Managements grundsätzlich an der Performance und
131 anderen Faktoren der geführten Unternehmen orientie-
132 ren. Zu diesen Faktoren gehören dabei zwingend die Stei-
133 gerung der Lebensqualität im Land Berlin, die reibungs-
134 lose Bereitstellung der staatlichen Infrastruktur sowie die
135 Vermögenswahrung des Haushaltes.

136